

Avanti

2

Theoriebeilage:

Münchener
Räterepublik:
Episode ohne
Bedeutung?

ISO Rhein-Neckar

**Unser Leben
ist mehr wert
als ihre Profite!**

Konzerne enteignen!

O. G.

Die Kapitalstrategien werden aggressiver – „wirtschaftlich“ und politisch.

Rechte für Beschäftigte und Betriebsräte, Tarifverträge und Gewerkschaften gelten schon viel zu oft als Hindernisse für Profitmaximierung. Gegen diesen Klassenkampf von oben hilft kein Kuschelkurs. Der Traum von der „Sozialpartnerschaft“ endet sonst immer schneller in dem Albtraum der „marktkonformen Demokratie“.

Erforderlich ist die Organisation betrieblicher, gewerkschaftlicher und gesellschaftlicher Gegenwehr. Erforderlich ist ein allgemeiner politischer Kampf für unsere demokratischen und sozialen Rechte, für unsere Arbeits- und Ausbildungsplätze und gegen den Klimawandel. Macht braucht Gegenmacht! Hier und überall!

Solidarität ist machbar

Das erfordert aktive „kämpferische Kerne“ in den Betrieben, in den Gewerkschaften und in der Gesellschaft. Sie müssen sich vernetzen und demokratisch organisiert handeln.

Nur so können wir unsere Rechte verteidigen und Vereinzelung überwinden.

Wir können dann besser gegen wirtschaftliche Ausbeutung, soziale Ungleichheit, politische Entmündigung, hemmungslose Naturzerstörung und zynische Menschenverachtung ankämpfen. Gleichzeitig können wir so entschiedener Kriegshetze, Nationalismus, Rassismus und braunem Populismus entgegentreten. Eine demokratische, ökologische und solidarische Alternative der 99 % zum Kapitalismus der 1 % ist möglich und durchsetzbar. ■

INHALT	EDITORIAL	INHALT
TITEL		
01 PROFITE Unser Leben ist mehr wert	<p><i>Liebe Leserinnen und Leser,</i> „Transformation“ nennen die Gewerkschaften verharmlosend die beschleunigte Radikalisierung des Kapitalismus. Immer aggressivere Konzernstrategien und neoliberale „Reformen“ in Richtung „marktkonformer Demokratie“ hinterlassen immer tiefere Spuren in der Gesellschaft – und in den Gewerkschaften selbst. Die soziale Ungleichheit wächst. Tarifbindung und Normalarbeitsverhältnis werden im Interesse des Kapitals bekämpft, Mensch und Umwelt gnadenlos auf dem Altar der Profitmaximierung geopfert.</p> <p>Schwerpunkt dieser Ausgabe sind deshalb Themen, die Ansatzpunkte für wirksame betriebliche, gewerkschaftliche und gesellschaftliche Alternativen und Widerstandsstrategien bieten können.</p> <p>Unsere Theoriebeilage wirft einen Blick zurück. Sie befasst sich mit dem schnellen Aufstieg und der brutalen Niederschlagung der Münchner Rätebewegung vor 100 Jahren.</p> <p>Wir freuen uns, wenn wir mit dieser inhaltlichen Auswahl Anregungen zum Nachdenken und zum Handeln geben können!</p> <p style="text-align: right;"><i>Eure Redaktion</i></p>	WOHNUNGSFRAGE
EDITORIAL/INHALT/GEWERKSCHAFTEN		06 WOHNEN Ein Menschenrecht
02 PFLEGENOTSTAND Was tun in der Region?		POLITISCHE KULTUR
KLIMAWANDEL/AUFRÜSTUNG		07 INTERVIEW Fotografie von unten?
03 FRIDAYS FOR FUTURE Anhaltende Proteste		RÜCKBLENDE / TERMINE
03 FRIEDENSBEWEGUNG Ohne Kapitalismuskritik?		08 BERUFSVERBOTE „Freiheit, die wir meinen“
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT		08 TERMINE
04 ÜBERNAHMEN Belegschaft mobilisieren		THEORIEBEILAGE
05 DIGITALISIERUNG Gestalten für mehr Konkurrenz?		MÜNCHNER RÄTEREPUBLIK Episode ohne Bedeutung?

Profite pflegen keine Menschen Aktion „Olympischer Brief“ gegen den Pflegenotstand

O. T.

Seit Januar 2019 wandert der „Olympische Brief“ gegen den Pflegenotstand in Deutschland von Krankenhaus zu Krankenhaus. Tausende Beschäftigte unterschreiben auf der langen Papierrolle in dem Metallkoffer. Sie fordern von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) endlich gute Bedingungen für die Pflege und Versorgung im Krankenhaus – allem voran eine echte Personalbemessung am Bedarf.

In der Zeit vom 9. bis 12. Mai 2019 befindet sich der „Olympische Brief“ in der Region Rhein-Neckar. Auch bei uns besteht dann in Krankenhäusern, Altenheimen und anderen Einrichtungen die Möglichkeit, diese wichtige Aktion zu unterstützen. Wann und wo genau die Unterschriften gesammelt werden, wird noch bekanntgegeben.

Schon jetzt besteht die zusätzliche Möglichkeit, den „Olympischen Brief“ gegen den Pflegenotstand im Netz zu unterschreiben: www.weact.campact.de/petitions/olympischer-brief-gegen-den-pflegenotstand

Am 5. Juni 2019 auf nach Leipzig

Anlässlich der Gesundheitsministerkonferenz in Leipzig werden dort am 5. Juni 2019 die bundesweit vernetzten Pflegebündnisse für eine menschenwürdige und soziale Gesundheitsversorgung demonstrieren.

Im Verlauf der Demo soll der „Olympische Brief“ mit allen Un-

terschriften an die in Leipzig versammelten GesundheitsministerInnen übergeben werden.

Es ist erforderlich, dass sich möglichst viele Menschen – nicht nur Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen – beteiligen. Jede/r kann von der aktuellen menschenunwürdigen Gesundheitspolitik betroffen sein. Mitfahrgelegenheiten per Bus können bei den untenstehenden Adressen erfragt werden.

Zur Vorbereitung der Demo am 5. Juni in Leipzig findet am Wochenende 4./5. Mai 2019 in Düsseldorf ein weiteres Treffen der bundesweit vernetzten Pflegebündnisse statt (Landesbezirk ver.di, Karlstraße 123-127, 40210 Düsseldorf). ■

Weitere Infos und Kontakt:

Bündnis Rhein-Neckar für mehr Personal im Gesundheitswesen
ver.di Bezirk Rhein-Neckar
Geschäftsstelle Heidelberg
Eppelheimer Str. 13
69115 Heidelberg
Tel: 06221-5360 100

Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar
c/o DGB Mannheim
Hans-Böckler-Str. 3, 68161 Mannheim
info@solidaritaet-rhein-neckar.de

Fridays for Future

Fortsetzung der Schulstreiks

H. T.

Auch in Mannheim wurde am 12.04.2019 wieder für konsequentes Klimaschutz demonstriert. Abermals waren es weit über 1.000 Menschen, vor allem SchülerInnen, die mit vielen bunten Schildern und Transparenten sowie mit Rufen wie „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut“ vom Schloss zum Marktplatz und dann weiter zum Alten Meßplatz zogen. Nach dem Auftakt gab es mehrere kürzere Zwischenkundgebungen.

Auf der Kurpfalzbrücke stoppte die Demo, um das auf dem Neckar fahrende Motorboot „Wichern“ der Initiative „Sicherer Hafen Mannheim“ zu begrüßen. Die Initiative „Sicherer Hafen Mannheim“ setzt sich für die Aufnahme von geretteten Bootsflüchtlingen in Mannheim ein. In Lautsprecheransagen wurde auf die Zusammenhänge zwischen den Auswirkungen der Klimakatastrophe und den daraus entstehenden Fluchtgründen hingewiesen. Die reichen Länder des Nordens als Hauptverursacher der Klimakatastrophe müssten sich jetzt auch um die Folgen kümmern. Sie dürften die geflüchteten Menschen, denen ihre Überlebensperspektive geraubt worden ist, jetzt nicht im Stich lassen.

Am Alten Meßplatz fand die Abschlusskundgebung statt. Dort wurden nochmals die Gefahren des Klimawandels unterstrichen

und von der Bundesregierung wirksame Maßnahmen gegen die drohende Klimakatastrophe eingefordert. Weitere Schulstreiks sind vorgesehen. ■



Demo von Fridays for Future in Mannheim, 12. April 2019.

Ostermarsch: Nein zu Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen!

M. G.

„Fluchtursachen beiseitigen - Kriege beenden“- unter diesem Motto stand der Ostermarsch Rhein-Neckar am 20. April 2019. Aufgerufen hatten das Friedensplenum Mannheim, die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen und das Friedensbündnis Heidelberg. Laut Polizei beteiligten sich an der Demonstration, die vom Mannheimer Hauptbahnhof zum Paradeplatz führte, rund 800 Menschen aus der Region. Das waren erfreulicherweise mehr als in den Vorjahren.

Franz Alt, Hauptredner der Veranstaltung, forderte vehement ein Ende des (atomaren) Werrüstens. Wer Frieden wolle, müsse den Frieden und nicht den Krieg vorbereiten. Alt forderte die Bundesregierung auf, Trumps Forderung nach einem Rüstungshaushalt in Höhe von 2 % des Bruttoinlandsprodukts nicht nachzukommen. Sie müsse vielmehr von dem US-Präsidenten eine

Senkung der Militärausgaben fordern.

Den lokalen Bezug des Ostermarschs stellte unter anderem Hedwig Sauer-Gürth vom Mannheimer Friedensplenum her. Auf dem Coleman-Militärgelände im Norden der Quadratestadt seien rund 250 Panzer und etwa 1.200

Militärfahrzeuge der US-Armee stationiert. Sauer-Gürth sprach sich ausdrücklich für die Schließung dieses Waffenlagers aus.

Der relative Erfolg des diesjährigen Ostermarsches darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sowohl eine Verbreiterung als auch eine klarere Positionierung der

Antikriegsbewegung dringend erforderlich ist. Ein Bündnis etwa mit den AktivistInnen von *Fridays for Future* ist genauso erforderlich wie die Benennung der Hauptursache von Aufrüstung und Krieg. Sie heißt Kapitalismus und sie heißt Imperialismus. ■



Ostermarsch am Mannheimer Wasserturm, 20. April 2019.

Foto: Avanti?

Betrieb vor dem Verkauf – Was tun?

G. G.

2005 sagte der Multimilliardär Warren Buffett: „Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“

Dieser „Klassenkrieg der Reichen“ ist keine Floskel eines superreichen Spinners. Der „Klassenkrieg“ bedeutet konkrete Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse:

- Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme und Arbeitsschutzgesetze
- Angriffe auf die politische und gewerkschaftliche Organisation und damit auf die Widerstandskraft der ArbeiterInnenklasse (zum Beispiel durch Tariffucht und BR-Mobbing)
- Angriffe auf die Arbeitsbedingungen (zum Beispiel durch Rationalisierung, Digitalisierung, Arbeitsverdichtung, Umstrukturierung, Ausgliederung, Ausverkauf, Produktionsverlagerung und Verkauf des Unternehmens).

Klassenkrieg auch in Rhein-Neckar

Dies alles gibt es in unterschiedlichem Ausmaß auch in der Rhein-Neckar-Region – Siemens, Halberg, Goodyear, XXXL, Benz, ICL, Bombardier, BASF, VAG, Freudenberg, Nora, SAP oder General Electric (GE) ...

GE (ehemals ALSTOM) ist ein besonders drastisches Beispiel. ALSTOM Power, ein Mannheimer Traditionsbetrieb mit jahrzehntelanger Kampferfahrung, wurde mit Zustimmung einer Mehrheit des Europäischen Betriebsrats an GE verkauft. Anschließend begann die Zerschlagung des Power-Bereichs und damit auch des Mannheimer Standortes, die schon fast abgeschlossen ist.

Widerstand statt Resignation

Mit einem „Unternehmensverkauf“ droht die Verschlechterung von betrieblichen und tariflichen Standards zum Beispiel bei Arbeitszeit, Urlaub, Bezahlung. Im schlimmsten Fall kommt es zum Verlust der Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Deshalb muss es das Ziel von Aktiven, Vertrauensleuten und Betriebsräten sein, einen Verkauf ohne Regelungen zu Gunsten der Beschäftigten zu verhindern.

Dazu müssen alle vorhandenen Möglichkeiten geprüft und je nach Situation genutzt werden: Aktivierung der Belegschaft, Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrads, Stärkung der betrieblichen Gegenmacht, Aktionen innerhalb und außerhalb des Betriebs, Öffentlichkeitsarbeit, Förderung überbetrieblicher Solidarität, Einbeziehung der Bevölkerung, Einbeziehung von Parteien und PolitikerInnen.

Betriebsräte und Wirtschaftsausschüsse müssen konsequent die ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel ausschöpfen. Sofern möglich, ist natürlich auch die jeweilige Gewerkschaft mit einzubeziehen. Aber dies darf weder zur „sozialpartnerschaftlichen“ Kungelei mit dem Unternehmen führen, noch dazu, dass GewerkschaftssekretärInnen über Ziele und Widerstandsformen bestimmen. Alle Entscheidungen in einer solchen Auseinandersetzung müssen von den betrieblich Aktiven und den Beschäftigten selbst getroffen werden. Unabhängig von Gewerkschaften und Parteien.

Nur wer kämpft, ...

Nur in seltenen Fällen lässt sich ein Verkauf völlig verhindern. Aber es ist möglich, den Verkäufern oder den Käufern eine schriftliche Vereinbarung zum Erhalt des Standortes und sämtlicher Arbeitsplätze sowie die Absicherung der betrieblichen und tariflichen Standards abzurufen.

Dies wird nur gelingen, wenn die Bereitschaft vorhanden ist, mutig den oben beschriebenen Weg zu gehen. Ob es gelingt, die Belegschaft zu mobilisieren, entscheidet sich jedoch nicht erst, wenn es zum Verkauf kommt. Vielmehr werden die organisatorischen und politischen Grundlagen dafür durch die praktische Betriebsarbeit in den Wochen, Monaten und Jahren zuvor gelegt.

Niemand kann vorhersagen, ob und in welchem Umfang eine Gegenwehr Erfolg haben wird. Aber auf jeden Fall ist sie eine hervorragende Möglichkeit, das dafür erforderliche Bewusstsein in der Belegschaft zu schaffen. Ohne das Engagement der KollegInnen und ihren gewerkschaftlichen Zusammenhalt ist es nicht möglich, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu verteidigen oder betriebliche Bedingungen zu verbessern.

... kann gewinnen

Auf Dauer werden sich nur wenige KollegInnen konsequent engagieren. Vor allem mit diesen ist die enge Zusammenarbeit zu suchen. Dafür müssen stabile organisatorische Strukturen geschaffen und eine klare politische, klassenkämpferische Haltung entwickelt werden. Denn ohne diese Grundlagen können auf Dauer auch die kämpferischsten KollegInnen in Betrieb und Gewerkschaft nicht den Angriffen des Kapitals standhalten.

Wer, wenn nicht wir? Wo, wenn nicht hier? Wann, wenn nicht jetzt? ■



Protest gegen den Verkauf von ICL in Ludwigshafen, 27. April 2015.

Foto: Avant!

Ausbeutung 4.0

„Gestalten“ oder Gegenmacht stärken?

S. T.

Die Digitalisierung stellt viele Gewissheiten in Frage. Das mag beunruhigen. Doch nichts tun und die Entwicklungen einfach auf sich zukommen lassen, das wäre fatal.

Die Digitalisierung wird vom Kapital immer weiter vorangetrieben. Im privaten Bereich geht mensch damit in der Regel recht locker um. Ein großer Teil der Gesellschaft befürwortet sie und hat sich damit arrangiert. Viele begrüßen diese Entwicklung sogar mit Jubel und sehnen sich nach weitere technische Neuerungen.

Der Einfluss von Technologien in unserem privaten Leben und im Arbeitsalltag lässt sich kaum aufhalten. Branchen und Berufe ändern sich oder sterben komplett aus. Gewerkschaften beschäftigen sich mit den „Chancen und Risiken“ der Digitalisierung für Beschäftigte. Sie sind größtenteils zu dem Schluss gekommen, dass die Digitalisierung zwar nicht zu stoppen, aber im Rahmen der „Mitbestimmung“ zu gestalten sei.

Viele Fragen

Doch, wo vieles noch in der Entwicklung ist, gibt es auch viele Fragen. Und diese betreffen fast alle.

Aus dem DGB-Index „Gute Arbeit 2016“ geht hervor, dass insgesamt 82 Prozent aller Beschäftigten von der Digitalisierung betroffen sind. In der chemischen Industrie sind es sogar 91 Prozent. Die elektronische Kommunikation ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Softwaregesteuerte Arbeitsabläufe und elektronische Geräte wie Scanner oder Datenbrillen zur Erfassung und Kontrolle von Arbeitsabläufen sehen über die Hälfte der Befragten in ihr Arbeitsumfeld einziehen.

Analysen der Folgen von Digitalisierung sind oft uneinheitlich und in sich widersprüchlich. Die Schätzungen, wie viele Arbeitsplätze dadurch wegrationalisiert werden und wie viele neu geschaffen werden, variieren stark.

In der Industrie wird die Digitalisierung in immer schnellerer Taktung neue Fertigungsverfahren, Produkte und Ausbeutungsmodelle hervorbringen – mit weitreichenden Folgen für die Beschäftigten und ihre Arbeit. Etliche Berufe werden sich verändern, etliche neue (vornehmlich hochspezialisierte) werden entstehen.

Künstliche Intelligenz (KI), Big Data und Cloud Computing ermöglichen bisher nicht

bekannte Aktivitäten und Analysen. Durch neue Ein- und Ausgabegeräte und neue Verfahren wie die Datenbrille oder die Gestensteuerung werden Tätigkeiten technisch grundlegend verändert.

Wissen ist dann nicht mehr nur ein sprichwörtlicher Machtfaktor. Prozesswissen, die Bedienung elektronischer Geräte sowie der Umgang mit und die Analyse von Informationsmengen aus der digitalisierten Planung, Konstruktion und Fertigung werden zu noch entscheidenderen Faktoren als bisher.

Viele Defizite

Doch es gibt große Defizite bei der Entwicklung der Digitalisierung. Die Beschäftigten und die Betriebsräte werden überwiegend gar nicht oder zu spät einbezogen, wenn es darum geht, die Digitalisierung im Betrieb zu beschleunigen. Drei Viertel der Befragten sagen, dass sie gar keinen oder kaum Einfluss darauf haben, wie digitale Technik eingesetzt wird. Wenn Beschäftigte als Experten ihres eigenen Arbeitens nicht gefragt werden, ist es sicher, dass die Veränderungen zu ihren Lasten gehen.

Zum Beispiel funktioniert in der Kautschukverarbeitung einiges wie eh und je. Maschinen, die oft 30, 40 oder sogar 50 Jahre alt sind, werden noch in vielen Betrieben eingesetzt. Und trotzdem hat sich vieles verändert. Seit einigen Jahren sind schrittweise computergestützte Produktionstechniken hinzugekommen. Neue Anlagen sind mittlerweile zu großen Teilen automatisiert. Diese Entwicklung setzt sich kontinuierlich fort, und es ist zu erwarten, dass die Änderungen jetzt nicht mehr langsam, sondern immer schneller kommen.

Viele Herausforderungen

Für betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretungen stellt die Digitalisierung eine der größten Herausforderungen der Gegenwart dar. Denn es geht um nichts weniger als die Verteidigung von tariflich und gesetzlich geschützten Arbeitsbedingungen in einer brutalisierten Welt der digitalisierten Ausbeutung. Es ist schon jetzt in

der Welt von GAFA (Google, Apple, Facebook und Amazon) zu sehen, wie radikal die „schöne neue Arbeitswelt“ entgrenzt und die Gesellschaft im Interesse der Profitmaximierung tiefgreifend verändert wird.

Gewerkschaften und Betriebsräte müssen bei Strafe ihrer weiteren Marginalisierung und einer noch größeren Bedeutungslosigkeit verstehen, was gesellschaftlich, wirtschaftlich und technisch passiert. Es wird nicht ausreichen, sich auf das Eintreten für mehr Qualifizierung sowie Aus- und Weiterbildung zu konzentrieren sowie eine erweiterte „Mitbestimmung“ und eine „sozial verträgliche“ Digitalisierung zu fordern.

Es bedarf einer grundlegenden Wende der Arbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften: weg von der „Mitgestaltung“ des Kapitalismus und der Ausbeutung, hin zu einer erfolgreichen Strategie aktiver Stärkung von kämpferischer Gegenmacht in Betrieb und Gesellschaft. Im Zentrum dieser Auseinandersetzung werden die Fragen der massiven Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie der betrieblichen und gesellschaftlichen Kontrolle und Aneignung der digitalen Welt stehen. ■



Projektion des Chaplin-Films *Moderne Zeiten* in Wuppertal.

Foto: Wikipedia, CC BY-SA 3.0.

Auch in Mannheim und Umgebung Wohnen – ein Grundrecht!

U. D.

Verstärkt seit den 1990er Jahren wird die gesellschaftliche Daseinsfürsorge privatisiert. Grundlage dieser Entwicklung ist die Durchsetzung neoliberaler Strategien. Zum Beispiel durch die Unterordnung der Politik unter die Bedürfnisse der privaten Profitwirtschaft. Zum Beispiel durch fortgesetzte Deregulierung. Zum Beispiel durch gezielte steuerliche Entlastung von Reichen und Unternehmen. Zum Beispiel durch die Ausweitung prekärer und niedrigentlohnter Beschäftigung.

Mit der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben haben sich die prokapitalistischen Parteien selbst die „Sachzwänge“ geschaffen, mit denen sie ihre Politik zu Gunsten großer privater „Investoren“ rechtfertigen.

Gemachte Wohnungskrise

Diese Umverteilung setzt die „öffentliche Hand“ und die Masse der arbeitenden Menschen unter massiven finanziellen und politischen Druck gesetzt. Da so gut wie keine gesellschaftlichen Alternativen zum Kapitalismus diskutiert werden, stehen viele Menschen hilflos dem Privatisierungsirrsinn gegenüber. Sie glauben oft an das immer wieder verbreitete Märchen, privatwirtschaftliche Angebote seien besser als öffentliche.

Es wundert also nicht, dass Krankenhäuser, Rente, Pflege, öffentliche Infrastruktur wie Nahverkehr, Wasserversorgung oder Müllabfuhr für private „Investoren“ attraktiv gemacht wurden und werden. Attraktiv bedeutet dabei nicht, das Beste für die Gesellschaft zu erreichen, sondern hohe Profite für diese „Investoren“ zu sichern. Dieselbe Entwicklung können wir auf dem Wohnungsmarkt beobachten.

Verfehlte Politik auch in Mannheim

Der Wohnungsbau in Mannheim folgt den vorgenannten Prinzipien und wird im Wesentlichen durch die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft und private Großinvestoren geprägt. Stadt und Investoren wissen sehr genau, wo und wie sich Wohnungen mit hohen Profiten realisieren lassen. So nehmen die Verantwortlichen für Bauprojekte bewusst in Kauf, dass durch hochpreisige Wohnungen oder massive Mieterhöhungen langjährige, aber sozial schlechter gestellte Mietende ihre bisherigen Wohnungen oder Stadtteile verlassen müssen („Gentrifizierung“).

Zu dieser Politik passt auch, dass für Wohnungsbau und Arbeitsplatzentwicklung wichtiges städtisches Gelände privatisiert wurde, anstatt es selbst zu entwickeln. Erinnerung sei an den Spekulationsskandal um Teile des Turley-Geländes („Aus 6 mach 36 Millionen Euro“) und an den Verzicht auf das städtische Vorkaufsrecht für das GE-Gelände. Letzteres wurde von dem US-Konzern, der das ehemalige Alstom-Werk in Mannheim-Käferthal fast völlig platt gemacht hat, im Februar 2019 für 28 Millionen Euro verkauft.

Systemwechsel erforderlich

Die in Berlin gestartete Initiative zur Enteignung der „Deutschen Wohnen“ geht in die richtige Richtung. Dabei bezieht sie sich auf die im Grundgesetz in den Artikeln 14 und 15 stehen-

de Möglichkeit der Enteignung (siehe Kasten).

Die veröffentlichte politische Meinung und die prokapitalistischen Parteien positionierten sich wie erwartet mehrheitlich gegen Enteignungen. Schließlich würden damit private „Investoren“ abgeschreckt werden und somit noch weniger Wohnraum entstehen.

Welche verworrene Logik! Die großen Wohnungsbau-träger und Wohnungsgesellschaften „enteignen“ täglich Hunderttausende von MieterInnen. Sie bauen und vermieten nicht, um bezahlbaren Wohnraum für alle anzubieten, sondern wegen des größtmöglichen Profits. Sie sind nicht die Lösung des Problems, sondern Teil des Problems

Aber Enteignung und Verstaatlichung alleine reichen nicht aus. Die Wohnungen und die Wohnungsbaupolitik müssen darüber hinaus unter die demokratische Kontrolle der Kommunen und der Mietenden gestellt werden. Der dafür erforderliche Druck muss durch eine breite außerparlamentarische Bewegung kommen. Mit der Demo von 300 Menschen am 06. April 2019 in Mannheim ist ein kleiner Schritt in diese Richtung gemacht worden. ■

Artikel 14 GG

- (1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
- (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
- (3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfall der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15 GG

Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Absatz 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Fotografie von unten

Interview mit Helmut Roos

Am 15. April 2019 ist die Fotoausstellung Helmut Roos *Auf der Seite der Gegenwehr* im Konferenzraum der Mannheimer IG Metall festlich eröffnet worden. *Avanti*² sprach aus diesem Anlass mit Helmut, dessen Fotos schon seit Jahren – und hoffentlich auch in der Zukunft – diese Zeitung bereichern.

Helmut, wann und wie bist Du zur Fotografie im Allgemeinen und zur politischen Fotografie im Besonderen gekommen?

Ich nahm mit zwölf Jahren (1963) zuerst für knapp zwei Jahre Gitarrenunterricht. Als ich jedoch von einem Bekannten eine Kamera in die Hand bekam und er meine Aufnahmen sah, meinte er, dass ich Talent hätte. Er fragte mich, ob ich nicht lieber auf die Fotografie umsteigen wolle. Da mir dieses Metier viel Freude bereitete, wollte ich es alleine ausprobieren. Ich begann mit einer Kodak Kompaktkamera, um dann mit meiner gesammelten Erfahrung auf eine Pentax Spiegelreflexkamera umzusteigen. Zuerst waren Portraits von Freunden und Bekannten bevorzugte Motive sowie Stimmungsdarstellungen bei Alltagssituationen, Feiern und Musikveranstaltungen.

Zur politischen Fotografie kam ich etwa 1967 als in den Gymnasien eine Politisierung aufkam, die 1968 im Kampf gegen die geplanten „Notstandsgesetze“ gipfelte. So half ich damals, zwei Schulstreiks an den Mannheimer Gymnasien mit zu organisieren. Diese Aktionen richteten sich auch gleichzeitig gegen Nazilehrer, die immer noch im Schuldienst waren.

Da ich weitere Streiks unter anderem gegen das Zentralabitur und den Numerus Clausus mitorganisierte und an anderen politischen Aktionen – Protesten gegen den Vietnamkrieg und einem Hungerstreik gegen das Franco-Regime in Spanien – beteiligt war, flog ich von der Schule.

War die 1926 gegründete Bewegung der Arbeiterfotografie (bzw. ihre Neugründung in den 1970er Jahren) für Dich ein Bezugspunkt?

Eigentlich nicht, da sich diese Foto-Gruppen 1972 hauptsächlich in Köln und Hamburg bildeten. Auch in Mannheim gründete sich zwar ein Kollektiv. Jedoch während meiner Ausbildung, als ich nicht in Mannheim wohnte.

Wie hast Du Dir Deine Themen und Motive gesucht?

Geprägt durch meine Tätigkeit als DJ in Mannheimer Klubs und Diskotheken kam ich schon recht früh mit der Mannheimer Musikszene in Verbindung. Das motivierte mich, bei Konzerten zu fotografieren. So lernte ich Alexis Korner, den Vater des „wei-

ßen“ Blues, kennen, zu dem sich eine Freundschaft entwickelte. Dies half mir, Musiker bei ihren Auftritten und hinter der Bühne zu kontaktieren und Fotoaufnahmen zu machen. Unter anderem von Chuck Berry, Frank Zappa, Eric Clapton, Jimi Hendrix, Steve Marriott und Rory Gallagher. Diese Szene prägte mich über viele Jahre. Jedoch begleitete ich mit der Kamera auch ständig politische und gewerkschaftliche Aktionen.

Welche Bewegungen und Kämpfe haben Dich besonders angezogen?

Es waren hauptsächlich humanitäre und betriebliche Auseinandersetzungen, in denen ich helfen bzw. unterstützen wollte. So war ich 1996 als Prozessbeobachter in der Türkei. Dort waren elf Polizisten angeklagt, die einen Fotojournalisten umgebracht hatten. Ferner war ich jeweils vor Ort, wenn es zum Beispiel um Kämpfe gegen Betriebsschließungen und Aktionen und Streiks um Lohnerhöhung ging.

Wie hat sich im Laufe der Jahre Dein Blick auf die von Dir dokumentierten Ereignisse und Personen geändert?

In der Form, dass sich die gesellschaftlichen Gegebenheiten mit der Zeit immer mehr verschärft haben. Das heißt das Solidargefüge fiel durch den zunehmenden tagtäglichen Konkurrenzkampf und die Verschärfung der Sozialgesetzgebung (Hartz IV ...) immer mehr auseinander.

Was bedeutete der Übergang von der analogen zur digitalen Fotografie für Deine Arbeit?

Insgesamt sehe ich die Umstellung auf die Digitalfotografie positiv. Jedoch war ich am Anfang, wie viele andere auch, etwas

ungläubig und beobachtete die Entwicklung zunächst skeptisch. Zudem kam die nicht unwesentliche finanzielle Belastung durch Neuanschaffungen hinzu.

Ich war damals Hartz IV-Empfänger und musste den Umstieg in die Halb-Selbständigkeit wagen. Das bedeutete, dass ich auf Rentenansparungen zurückgreifen musste. Zudem war ich verpflichtet, alle sechs Monate meine Abrechnungen dem Arbeitsamt vorzulegen. 100 Euro meiner Einnahmen waren frei. Bis 1.000 Euro Verdienst blieben 20 % übrig, von allen Einkünften über 1.000 Euro sogar nur 10 %. Den Rest musste ich abgeben. Auch für die Rente wurde nichts vom Amt eingezahlt.

In Deiner Fotoausstellung sind 24 Farbbilder und zwei Schwarz-Weiß-Aufnahmen zu sehen. Wie hast Du die Auswahl getroffen?

Es war äußerst schwierig, aus tausenden von Fotos die richtigen Aufnahmen zu finden. Mir war es wichtig, Stimmungen und Emotionen rüberzubringen. Schließlich geht es bei solchen Aktionen um elementare und existenzielle Begebenheiten, die für Menschen Zäsuren im Leben darstellen können. Zum Beispiel der Kampf um Lohn- und Gehaltserhöhungen oder um die Verteidigung von Arbeitsplätzen. Meine Erstauswahl umfasste etwa 1.000 Bilder, die ich dann auf rund 200 reduzierte. Bei der zeitraubenden Endauswahl waren mir Barbara Straube und Bernd Köhler sehr behilflich.

[Die Fragen stellte W.A., 23.04.2019.] ■

Die Fotoausstellung ist bis zum 30. September 2019 während der Öffnungszeiten der IG Metall Mannheim kostenlos zu besichtigen. Um Voranmeldung wird gebeten. Gerne steht Helmut Roos auch selber für eine Führung nach Terminabsprache zur Verfügung.



„Freiheit, die wir meinen“

Beeindruckender Abend zur Geschichte der Berufsverbote

H. N.

Die KünstlerInnengruppe „Bunte Vielfalt statt völkischer Einfalt“ bot am 03. April 2019 ein großartiges Programm in der Mannheimer Abendakademie dar. Eine unerwartete Mixtur aus Musik, Kabarett, Stimmcollagen, Texten und Schauspielereinlagen klärte über Gesinnungsschnüffelei in Vergangenheit und Gegenwart auf. Das zahlreich erschienene Publikum war beeindruckt und begeistert von Bettina Franke, Bernd Köhler, Einhart Klucke, Michael Csaszκόczy und Monika-Margret Steger.

Im Zentrum des Abends stand die empörende Verfolgung des antifaschistischen Heidelberger Lehrers Michael Csaszκόczy

durch „Verfassungsschutz“, hessische Kultusbürokratie und baden-württembergische Landesregierung. Die an die Wand hinter der Bühne projizierten Auszüge aus Spitzelberichten, Behörden- und Gerichtsakten gaben ein – nicht nur wegen der vielen Einschwärmungen – finsternes Bild der aktuellen Berufsverbote- und Überwachungs-Praxis hierzulande.

Sie steht in offenem Widerspruch zu Artikel 3 (3) Grundgesetz: „Niemand darf wegen [...] seiner [...] politischen Anschauungen benachteiligt [...] werden.“

Veranstalter des Abends waren die Mannheimer Abendakademie, der DGB Region Nordbaden und die IG Metall Mannheim. ■



Kulturveranstaltung zu Berufsverboten, 03. April 2019.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- MI, 01.05.2019, 10:00 Uhr, DGB-Demo zum 1. Mai, Gewerkschaftshaus MA
- MI, 01.05.2019 (plus DO, 02.05., DI, 07.05. und MI, 08.05.2019), 19:30 Uhr, Film *Streik*, Cinema Quadrat MA
- DO, 02.05.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 09.05.2019 (bis SO, 12.05.2019), „Olympischer Brief“ gegen Pflege- notstand in der Region
- SO, 12.05.2019, 14:00 Uhr, Frühjahrsausflug der ISO-Rhein-Neckar
- DO, 16.05.2019, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 16.05.2019, 19:00 Uhr, 60 Jahre kubanische Revolution, Jugendkulturzentrum Forum MA
- FR, 17.05.2019, 19:00 Uhr, Monatlicher ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA
- SO, 19.05.2019, 19:30 Uhr, Film *Freie Räume* (zur Jugendzentrumsbewegung), Cinema Quadrat MA
- FR, 24.05.2019, 11:00 Uhr, *Fridays for Future*, Schloss MA
- FR, 24.05.2019, 19:00 Uhr, Chinas Übersee-Expansion, Gewerkschaftshaus MA
- DI, 28.05.2019, 19:00 Uhr, Brasilien im Rückschritt?, Gewerkschaftshaus MA

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

